

Antrag 61/II/2021**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für eine konsequente sozialdemokratische Russlandpolitik!**

1 Der Umgang mit Moskau auf der internationalen Bühne
 2 ist in letzter Zeit immer schwieriger geworden. Europas
 3 Beziehungen zu Russland sind immer wieder Rückschlä-
 4 gen ausgesetzt. Innenpolitisch hat Moskau nicht erst mit
 5 der Vergiftung des Oppositionellen Alexej Nawalny seine
 6 brutale Seite gezeigt. Das wurde auch durch die zahlrei-
 7 chen Inhaftierungen und die massive und repressive Po-
 8 lizeigewalt als Reaktion auf regierungskritische Proteste
 9 nach der Verurteilung Nawalnys sichtbar. Dies reiht sich
 10 ein in eine mittlerweile lange Liste der vergifteten, getote-
 11 ten, bedrohten, verhafteten oder ins Exil getriebenen Kri-
 12 tiker*innen.

13
 14 Gleichzeitig sind bei den politischen Machthabern in Russ-
 15 land Korruption und Kleptokratie an der Tagesordnung,
 16 wie zuletzt auch durch die Enthüllungen der "Pandora-
 17 Papiere" belegt. Wirtschaft und Gesellschaft werden für
 18 die Eigeninteressen einer kleinen Elite instrumentalisiert.
 19 Dies führt insbesondere bei Teilen der jüngeren Genera-
 20 tion zu Empörung. Die Parlamentswahlen im September
 21 2021, die als die unfairsten und unfreisten Wahlen seit
 22 dem Ende der Sowjetunion bezeichnet werden können,[1]¹
 23 haben gezeigt, dass politische Mitbestimmung eine Illu-
 24 sion ist und nicht-systemtreue Kandidat*innen systema-
 25 tisch unter Druck gesetzt und ausgeschlossen werden. Ei-
 26 ne neue Repressionswelle, bei der Proteste verboten und
 27 Teilnahme hoch bestraft wird, zeigt, dass die autokrati-
 28 sche Entwicklung Russlands eine neue Qualitätsstufe er-
 29 reicht hat. Dabei geraten auch zunehmend deutsche Or-
 30 ganisationen und Medien sowie ihre Kooperationspart-
 31 ner, wie zum Beispiel Memorial und die Deutsche Welle,
 32 unter Druck.

33
 34 Auch international befinden sich Russland und die EU so-
 35 wie ihre Partner und Verbündeten im geopolitischen Kon-
 36 flikt. In Afrika, Osteuropa und im Nahen Osten verfolgt
 37 Russland politische und militärische Interessen, die die
 38 regelbasierte Ordnung unterminieren, und versucht eine
 39 Einflusszone sowie Machtinstrumente gegen die EU und
 40 NATO aufzubauen. Dabei werden - wie in der russischen
 41 Verteidigungsdoktrin dargelegt - nicht nur militärische,
 42 sondern auch politische und wirtschaftliche Instrumente
 43 wie zum Beispiel Desinformation eingesetzt, um Konflikte
 44 zu gewinnen.

45
 46 Mit Blick auf die neusten Entwicklungen ist zu erwarten,
 47 dass die Repressionen noch zunehmen werden, je mehr

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Der Umgang mit Moskau auf der internationalen Bühne
 ist in letzter Zeit immer schwieriger geworden. Europas
 Beziehungen zu Russland sind immer wieder Rückschlä-
 gen ausgesetzt. Innenpolitisch hat Moskau nicht erst mit
 der Vergiftung des Oppositionellen Alexej Nawalny seine
 brutale Seite gezeigt. Das wurde auch durch die zahlrei-
 chen Inhaftierungen und die massive und repressive Po-
 lizeigewalt als Reaktion auf regierungskritische Proteste
 nach der Verurteilung Nawalnys sichtbar. Dies reiht sich
 ein in eine mittlerweile lange Liste der vergifteten, getote-
 ten, bedrohten, verhafteten oder ins Exil getriebenen Kri-
 tiker*innen.

Gleichzeitig sind bei den politischen Machthabern in Russ-
 land Korruption und Kleptokratie an der Tagesordnung,
 wie zuletzt auch durch die Enthüllungen der "Pandora-
 Papiere" belegt. Wirtschaft und Gesellschaft werden für
 die Eigeninteressen einer kleinen Elite instrumentalisiert.
 Dies führt insbesondere bei Teilen der jüngeren Genera-
 tion zu Empörung. Die Parlamentswahlen im Septem-
 ber 2021, die als die unfairsten und unfreisten Wahlen
 seit dem Ende der Sowjetunion bezeichnet werden kön-
 nen,[1]³ haben gezeigt, dass politische Mitbestimmung ei-
 ne Illusion ist und nicht-systemtreue Kandidat*innen sys-
 tematisch unter Druck gesetzt und ausgeschlossen wer-
 den. Eine neue Repressionswelle, bei der Proteste verbo-
 ten und Teilnahme hoch bestraft wird, zeigt, dass die auto-
 kratische Entwicklung Russlands eine neue Qualitätsstu-
 fe erreicht hat. Dabei geraten auch zunehmend deutsche
 Organisationen und Medien sowie ihre Kooperationspart-
 ner, wie zum Beispiel Memorial und die Deutsche Welle,
 unter Druck.

Auch international befinden sich Russland und die EU so-
 wie ihre Partner und Verbündeten im geopolitischen Kon-
 flikt. In Afrika, Osteuropa und im Nahen Osten verfolgt
 Russland politische und militärische Interessen, die die
 regelbasierte Ordnung unterminieren, und versucht eine
 Einflusszone sowie Machtinstrumente gegen die EU und
 NATO aufzubauen. Dabei werden - wie in der russischen
 Verteidigungsdoktrin dargelegt - nicht nur militärische,
 sondern auch politische und wirtschaftliche Instrumente
 wie zum Beispiel Desinformation eingesetzt, um Konflikte
 zu gewinnen.

Mit Blick auf die neusten Entwicklungen ist zu erwarten,
 dass die Repressionen noch zunehmen werden, je mehr

48 gesellschaftliche Unzufriedenheit sich ruht. Klar ist: Jeg-
 49 liche Stärkung und Legitimation des russischen Macht-
 50 systems geht zu Lasten der russischen Bürger*innen, ins-
 51 besondere Menschenrechtsverteidiger*innen, Umweltak-
 52 tivist*innen und Kämpfer*innen für soziale Gerechtig-
 53 keit. Eine sozialdemokratische Russlandpolitik muss pri-
 54 mär darauf zielen, die russische Zivilgesellschaft zu stär-
 55 ken und sich solidarisch zu zeigen mit den Bürgerinnen
 56 und Bürgern statt mit den Machthabern und Eliten.

57

58 Es ist unsere Verantwortung, unabhängige zivilgesell-
 59 schaftliche Initiativen zu unterstützen und Kritiker*innen
 60 Schutz zu bieten, die im In- und Ausland der Gefahr von
 61 Attentaten ausgesetzt sind. Wir unterstützen das Streben
 62 nach Demokratie und politischer Beteiligung durch die
 63 russische Zivilgesellschaft, unabhängig davon, dass ein-
 64 zelne Oppositionspolitiker*innen wie Nawalny auch kri-
 65 tisch zu betrachten sind. Nur durch freie, gleiche und de-
 66 mokratische Wahlen kann echte Partizipation erreicht und
 67 Menschenrechte durchgesetzt werden.

68

69 Die Einbindung der Zivilgesellschaft muss ganz klar
 70 im Mittelpunkt einer sozialdemokratischen Russlandpo-
 71 litik stehen, die langfristig und strategisch die Zukunft
 72 Russlands und der deutsch-russischen und europäisch-
 73 russischen Beziehungen im Blick hat. Dabei soll der
 74 schwierige Dialog mit russischen Entscheidungsträger*in-
 75 nen fortgesetzt werden, insbesondere bei den drängends-
 76 ten Herausforderungen von heute, wie dem Klimawandel
 77 und der Erreichung globaler Nachhaltigkeitsziele wie der
 78 Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

79

80 Trotz dieses Bekenntnisses zum Dialog reicht ein Kurs des
 81 „Weiter so“ mit Blick auf das neue Level der Autokratisie-
 82 rung und Repression, das in den letzten zwei Jahren er-
 83 reicht worden ist, sowie der sich ausbreitenden Korrup-
 84 tion und Kleptokratie in Russland, nicht aus. Auf Wor-
 85 te müssen Taten folgen! Die Bundesregierung und die
 86 Regierungskoalition unter Führung der SPD müssen ent-
 87 schieden für Menschenrechte einstehen, auch wenn diese
 88 möglicherweise Wirtschaftsinteressen gegenüberstehen,
 89 und sie gegen staatliche Repression verteidigen. Die per-
 90 sonenbezogenen Sanktionen durch die Bundesregierung
 91 und weitere Staaten der Europäischen Union sind dafür
 92 alleine nicht ausreichend.

93

94 **Deswegen fordern wir:**

- 95 • die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Mitglieder
- 96 der Bundesregierung auf, sich klar gegen die Men-
- 97 schenrechtsverletzungen durch die russische Regie-
- 98 rung zu positionieren und weitere entsprechen-
- 99 de Maßnahmen zur Sanktionierung von verant-
- 100 wortlichen Eliten und Machthabern zu ergreifen.

gesellschaftliche Unzufriedenheit sich ruht. Klar ist: Jeg-
 liche Stärkung und Legitimation des russischen Macht-
 systems geht zu Lasten der russischen Bürger*innen, ins-
 besondere Menschenrechtsverteidiger*innen, Umweltak-
 tivist*innen und Kämpfer*innen für soziale Gerechtig-
 keit. Eine sozialdemokratische Russlandpolitik muss pri-
 mär darauf zielen, die russische Zivilgesellschaft zu stär-
 ken und sich solidarisch zu zeigen mit den Bürgerinnen
 und Bürgern statt mit den Machthabern und Eliten.

Es ist unsere Verantwortung, unabhängige zivilgesell-
 schaftliche Initiativen zu unterstützen und Kritiker*innen
 Schutz zu bieten, die im In- und Ausland der Gefahr von
 Attentaten ausgesetzt sind. Wir unterstützen das Streben
 nach Demokratie und politischer Beteiligung durch die
 russische Zivilgesellschaft, unabhängig davon, dass ein-
 zelne Oppositionspolitiker*innen wie Nawalny auch kri-
 tisch zu betrachten sind. Nur durch freie, gleiche und de-
 mokratische Wahlen kann echte Partizipation erreicht und
 Menschenrechte durchgesetzt werden.

Die Einbindung der Zivilgesellschaft muss ganz klar
 im Mittelpunkt einer sozialdemokratischen Russlandpo-
 litik stehen, die langfristig und strategisch die Zukunft
 Russlands und der deutsch-russischen und europäisch-
 russischen Beziehungen im Blick hat. Dabei soll der
 schwierige Dialog mit russischen Entscheidungsträger*in-
 nen fortgesetzt werden, insbesondere bei den drängends-
 ten Herausforderungen von heute, wie dem Klimawandel
 und der Erreichung globaler Nachhaltigkeitsziele wie der
 Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

Trotz dieses Bekenntnisses zum Dialog reicht ein Kurs des
 „Weiter so“ mit Blick auf das neue Level der Autokratisie-
 rung und Repression, das in den letzten zwei Jahren er-
 reicht worden ist, sowie der sich ausbreitenden Korrup-
 tion und Kleptokratie in Russland, nicht aus. Auf Wor-
 te müssen Taten folgen! Die Bundesregierung und die
 Regierungskoalition unter Führung der SPD müssen ent-
 schieden für Menschenrechte einstehen, auch wenn diese
 möglicherweise Wirtschaftsinteressen gegenüberstehen,
 und sie gegen staatliche Repression verteidigen. Die per-
 sonenbezogenen Sanktionen durch die Bundesregierung
 und weitere Staaten der Europäischen Union sind dafür
 alleine nicht ausreichend.

Deswegen fordern wir:

- die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Mitglieder
- der Bundesregierung auf, sich klar gegen die Men-
- schenrechtsverletzungen durch die russische Regie-
- rung zu positionieren und weitere entsprechende
- Maßnahmen zur Sanktionierung von verantwortli-
- chen Eliten und Machthabern zu ergreifen. Diese

Diese sollen sich **ausschließlich gegen für Menschenrechtsverletzungen Verantwortliche richten, und nicht der Bevölkerung schaden**. Russische Oligarchen sind oft Komplizen der politischen Machthaber und sollten daher mit einbezogen werden. Maßgeblich dafür ist das EU-Menschenrechts-Sanktionsregime auch unter Einsatz der erst vor kurzem von der EU verabschiedeten neuen **Sanktionsinstrumente zur individuellen Ahndung von Menschenrechtsverletzungen**.

- als symbolische Geste der Solidarität mit unseren Nachbarn und zur Stärkung der EU als glaubwürdige Akteurin die **Einbeziehung der EU Battlegroups in der NATO Enhanced Forward Presence** in den baltischen Staaten.
- den Kampf gegen Korruption und Geldwäsche zu verstärken. Aus Russland exportiertes schmutziges Geld darf in der EU keinen Platz haben. Das europäische und deutsche Finanzsystem darf nicht mehr wie aktuell für die russische Geldwäsche missbraucht werden. **Die EU und alle ihre Mitgliedstaaten müssen entschieden gegen Geldwäsche, organisiertes Verbrechen, Desinformation und Propaganda auf europäischem Boden vorgehen.**
- mehr Räume und Förderung für kulturelle, soziale und politische Initiativen für russischsprachige Deutsche, die ein **primäres Ziel russischer Desinformation** sind.
- die Weiterführung des Dialogs über eine allgemeine **Visaliberalisierung**, insbesondere für die Jugend, zur Förderung des gesellschaftlichen Austauschs.
- **besseren Schutz russischer Oppositioneller und Regierungskritiker*innen** in der Bundesrepublik, beispielsweise durch ein humanitäres Visaprogramm, damit die russische Diaspora und Geflüchtete in Deutschland und Europa solange wie nötig einen sicheren, vertrauenswürdigen und willkommenen Hafen vorfinden.
- „Die Bundesregierung und den Senat von Berlin dazu auf: eine „Osteuropauniversität in Berlin“ einzurichten und zu finanzieren, die eine neue Heimstätte für unabhängige Forschung durch Wissenschaftler*innen aus Russland und Belarus außerhalb ihrer Länder ermöglichen wird und dadurch einen Beitrag zur Ausbildung der wissenschaftlichen Elite für die Zeit nach Vladimir Putin beitragen kann
- Unterstützung für unabhängige Medienprojekte aus der russischsprachigen Welt vorzusehen, die gegen die Propaganda der regierungsnahen und regierungseigenen Medien aus Russland wirken. Diese kann in Form spezieller Fortbildungsprogramme, Unterstützungsstipendien, Zuschuss- und Darlehensprogramme und weitere Instrumente erfol-

sollen sich **vor allem gegen für Menschenrechtsverletzungen Verantwortliche richten, und nicht der Bevölkerung schaden**. Russische Oligarchen sind oft Komplizen der politischen Machthaber und sollten daher mit einbezogen werden. Maßgeblich dafür ist das EU-Menschenrechts-Sanktionsregime auch unter Einsatz der erst vor kurzem von der EU verabschiedeten neuen **Sanktionsinstrumente zur individuellen Ahndung von Menschenrechtsverletzungen**.

- den Kampf gegen Korruption und Geldwäsche zu verstärken. Aus Russland exportiertes schmutziges Geld darf in der EU keinen Platz haben. Das europäische und deutsche Finanzsystem darf nicht mehr wie aktuell für die russische Geldwäsche missbraucht werden. **Die EU und alle ihre Mitgliedstaaten müssen entschieden gegen Geldwäsche, organisiertes Verbrechen, Desinformation und Propaganda auf europäischem Boden vorgehen.**
- mehr Räume und Förderung für kulturelle, soziale und politische Initiativen für russischsprachige Deutsche, die ein **primäres Ziel russischer Desinformation** sind.
- die Weiterführung des Dialogs über eine allgemeine **Visaliberalisierung**, insbesondere für die Jugend, zur Förderung des gesellschaftlichen Austauschs.
- **besseren Schutz russischer Oppositioneller und Regierungskritiker*innen** in der Bundesrepublik, beispielsweise durch ein humanitäres Visaprogramm, damit die russische Diaspora und Geflüchtete in Deutschland und Europa solange wie nötig einen sicheren, vertrauenswürdigen und willkommenen Hafen vorfinden.
- Unterstützung für **unabhängige Medienprojekte** aus der russischsprachigen Welt vorzusehen, die gegen die Propaganda der regierungsnahen und regierungseigenen Medien aus Russland wirken. Diese kann in Form spezieller Fortbildungsprogramme, Unterstützungsstipendien, Zuschuss- und Darlehensprogramme und weitere Instrumente erfolgen.

[1]⁴ <https://www.swp-berlin.org/publikation/russlandsdumawahl-2021>

154 gen.“

155

156 [1]² <https://www.swp-berlin.org/publikation/russlands->
157 dumawahl-2021

158

¹#_ftn1

³#_ftn1

⁴#_ftnref1